

Bahnlärm: Lewentz kritisiert EU-Verkehrskommissarin

Stellungnahme Ziel, bis 2020 alle Güterzugwagen mit Flüsterbremsen auszurüsten, muss unantastbar bleiben

■ **Mittelrhein.** Infrastrukturminister Roger Lewentz hat sich entschieden gegen Pläne von EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc ausgesprochen, die Vorgaben zur Einführung leiserer Güterwagen aufzuweichen. „Am Ziel, bis 2020 alle Güterzugwagen mit lärmarmen Bremssystemen auszurüsten, darf nicht gerüttelt werden“, sagte Lewentz als Reaktion auf ein entsprechendes Schreiben der EU-Kommissarin an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt.

Menschen sind entsetzt

Die feste Vorgabe 2020 für Deutschland dürfe man auf keinen Fall für eine vage in Aussicht gestellte, spätere gesamteuropäische Lösung aufgeben. Auch der Vorsitzende der Bundesvereinigung gegen Schienenlärm, Willi Pusch, hat ein kritisches Schreiben an die EU-Verkehrskommissarin verfasst: „Mit Entsetzen haben die Menschen aus der Presse erfahren müssen, dass Sie offensichtlich dem Druck einiger Bahnlobbyisten nicht standhalten konnten und die Umrüstung bis ins Jahr 2026 verschieben wollen.“ Weiter heißt es in Puschs Schreiben: „Wir bitten Sie um Verständnis, dass wir dieses Vorhaben nicht hinnehmen können und werden. Aus diesem Grund



Das Mittelrheintal soll vom Bahnlärm entlastet werden. Das fordern Initiativen und Politik, deshalb wird an Plänen der EU-Kommissarin Kritik laut. Foto: dpa

haben wir den Bundesverkehrsminister Dobrindt und alle Bundestagsabgeordneten aufgefordert, in der Sache hart zu bleiben und an dem Ziel der Umrüstung bis 2020 festzuhalten.“

Innenminister Lewentz betonte: „Der Bahnlärm im Mittelrheintal ist bereits unzumutbar und muss schnellstmöglich reduziert werden. Die Vorgaben zur Umrüstung bis 2020 umzusetzen, entspricht bereits einem weit gefassten Zeitrahmen. Die Menschen im Mittelrheintal haben ein Anrecht auf eine zügige Entlastung.“ Es müsse zudem auch weiterhin gelten, dass Maßnahmen ergriffen würden, wenn 2016 nicht die Hälfte der Waggons umgerüstet sein sollte.

Mit Stand von Juni 2015 waren lediglich 28 000 Wagen umgerüstet oder als Neuanschaffung lärmarm ausgestattet. Für 159 000 Wagen liegen demnach Förderanträge für eine Umrüstung vor.

Eindeutiger Widerspruch gefordert

In ihrem Schreiben an Bundesminister Dobrindt spricht sich die EU-Kommissarin gegen das deutsche Verbot lauter Waggons aus. Es solle nicht einseitig ab 2020 angewendet werden, sondern mit einer breiteren gesamteuropäischen Lösung nach 2021 in Einklang stehen. „Die Bundesregierung muss dem von der EU angestrebten Vorgehen eindeutig widersprechen“, forderte Lewentz.